

Da wird einem schwindlig...

Wir sind gerade dabei, die September-Druckausgabe von paperpress vorzubereiten. Sie besteht im Wesentlichen aus den Newslettern des vergangenen Monats, häufig auf den aktuellen Stand gebracht. So oft wie diesmal, mussten wir noch nie den vorhandenen Text der neuen Nachrichtenlage anpassen. Es geht um ein Thema, das wichtig erscheint, weil jeder darüber redet, aber nicht wichtig ist. Jedenfalls im Vergleich zu Fragen der Bildung, des Wohnungsbaus, des Verkehrs und der Verbrechensbekämpfung. **Tegel**. Es ist keine Gefahr in Verzug, denn erst, wenn der BER erfolgreich an den Start gegangen ist, soll Tegel geschlossen werden.

Bislang war alles klar. Die FPD hat aus rein populistischen Gründen einen Volksentscheid initiiert, der den Senat auffordern soll, seine Schließungspläne aufzugeben. Ohne Not schloss sich die Berliner CDU der FDP-Initiative an.

Dann kam CSU-Verkehrsminister Alexander Dobrindt um die Ecke, machte auf dicke Hose und sprach sich auch für die Offenhaltung Tegels aus. Das Land Brandenburg berief deswegen Mitte August einen „Tegel-Gipfel“ ein, der in Potsdam ohne Ergebnis endete. Im Laufe der stundenlangen Sitzung rutsche Dobrindts dicke Hose immer weiter runter. Am Ende erinnerten sich die Gesellschafter Brandenburg, Berlin und der Bund daran, dass sie den Konsensbeschluss von 1996 (*Anm.d.Red.: Schließung von Tegel ein halbes Jahr nach Eröffnung des BER*) gemeinsam getroffen haben und auch nur gemeinsam ändern können. Dieser Wortlaut wurde nach Mitternacht den staunenden Journalisten als Ergebnis präsentiert.

Dann kam Mutti

Am 27. August wurde im ZDF-Sommerinterview Bundeskanzlerin Angela Merkel mit der fiktiven Schlagzeile: „Merkel sagt Ja zu Tegel – Alt-Berliner Flughafen soll offen bleiben“ konfrontiert. Ihre Antwort: „Die Rechtssituation ist eine andere, deshalb wird es diese Schlagzeile nicht geben.“ Zwei Tage später konkretisierte sie ihre Aussage in der Bundespressekonferenz am 29. August: „Ich habe auf die Rechtslage hingewiesen und die ermöglicht die Eröffnung des BER nur, wenn Tegel geschlossen wird...Ich gehe von dem Faktischen aus, und da muss ich sagen, dass Tegel geschlossen werden muss, das ist die Rechtslage...Es wäre gar nicht zu

einer Genehmigung des BER gekommen, wenn man nicht versprochen hätte, Tegel zu schließen.“

Henkel ist wieder da

Abgesehen von den Wählern in Mitte, wo Frank Henkel für den Bundestag kandidiert, hörte man wenig in letzter Zeit von dem ehemaligen CDU-Chef und Innensenator. Am 4. September veröffentlichte der Tagesspiegel ein Interview mit ihm. In dem Interview sagte er zu Tegel: *„In meiner Zeit als Landes- und Fraktionschef hat die CDU einstimmige Beschlüsse zur Nachnutzung von Tegel gefasst. Wir haben uns sehr stark für TXXL, die Urban Tech Republic, engagiert...Für mich bleibt die Frage entscheidend, ob eine Offenhaltung von Tegel rechtlich möglich ist und ob sie wirtschaftlich sein kann. Ich habe meine Zweifel, dass die Offenhaltung von Tegel richtig ist. Tegel ist für mich ein idealer Standort für Wissenschaft, Wirtschaft und neue Wohnungen.“* Damit reiht sich Henkel in die Tegel-Ablehner seiner Partei ein, u.a. Kai Wegner, Frank Steffel, Frank Balzer und Thomas Heilmann.

4. September 2017, 18.13 Uhr, Tagesspiegel

„CDU will Tegel nur vorläufig behalten. Kurskorrektur bei der CDU: Von der Bundeskanzlerin gibt es kein „Ja zu Tegel“. Auch in der Berliner Union mehrten sich die Stimmen gegen eine Offenhaltung.“ Und CDU-Generalsekretär Stefan Evers habe, laut Tagesspiegel, „die Forderung seiner Partei nach Offenhaltung des alten Airports relativiert. Tegel müsse so lange weiterbetrieben werden, ‚bis der BER erweitert worden ist und eine Kapazität von 40 Millionen Passagiere erreicht‘ sei. Von einer solchen Befristung war bislang bei der CDU keine Rede.“

4. September 2017, 18.45 Uhr, Berliner Zeitung

„Bundesregierung schreibt Flughafen Tegel ab.“ Die Grünen hatten eine Anfrage an das Verkehrsministerium gestellt. Die der Berliner Zeitung vorliegende Antwort: „Die Bundesregierung steht zum Konsensbeschluss von 1996. Sie sei sich mit den anderen Gesellschaftern, den Ländern Berlin und Brandenburg, einig, dass dieser nur gemeinsam geändert werden könne.“ Genau derselbe Wortlaut wie nach dem so genannten Tegel-Gipfel in Potsdam.

Mal ganz ehrlich: Da wird einem doch schwindlig. Und was sagt die Landesvorsitzende Monika Grütters? Stefan Evers sollte mal eine Vermisstenmeldung auf den Weg bringen.

Ed Koch